

---

# Die sozial „auffälligen“ Nichtwähler: Determinanten der Wahlenthaltung bei der Bundestagswahl 2013

Armin Schäfer, Hanna Schwander und Philip Manow

---

## 1 Einleitung

Vor der Bundestagswahl 2013 wurde die Wahlenthaltung plötzlich zu einem intensiv diskutierten Thema: Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel erklärte die Höhe der Wahlbeteiligung für wahlentscheidend; Zeitungen diskutierten die Frage, ob eine niedrige Wahlbeteiligung für die Demokratie schädlich sei; und mehrere Stiftungen veröffentlichten Studien über Gründe und Folgen der Wahlenthaltung. Während es in den Wahljahren 1998, 2002 und 2005 in fünf führenden überregionalen Tageszeitungen sowie in der Wochenzeitschrift *Die Zeit* höchstens drei Artikel gab, in denen das Wort „Nichtwähler“ mindestens dreimal erwähnt wurde, schnellte die Anzahl 2009 auf 24 und 2013 auf 29 Artikel hoch.<sup>1</sup> Auch die Politikwissenschaft widmet sich mit verstärkter Aufmerksamkeit dem von Falter und Schumann (1994) augenzwinkernd als „unbekannte[s] Wesen“ betitelten Nichtwähler. Während die Forschung lange Zeit eine wachsende Wahlabstinenz als unproblematisch ansah, da sich Nichtwähler und Wähler in Herkunft und Einstellungen nicht

---

<sup>1</sup> Die fünf Tageszeitungen sind taz, SZ, FAZ, Welt und FR. Wir danken Lea Elsässer für die in LexisNexis durchgeführte Recherche.

---

A. Schäfer (✉)  
Universität Osnabrück, Osnabrück, Deutschland  
E-Mail: armin.schaefer@uos.de

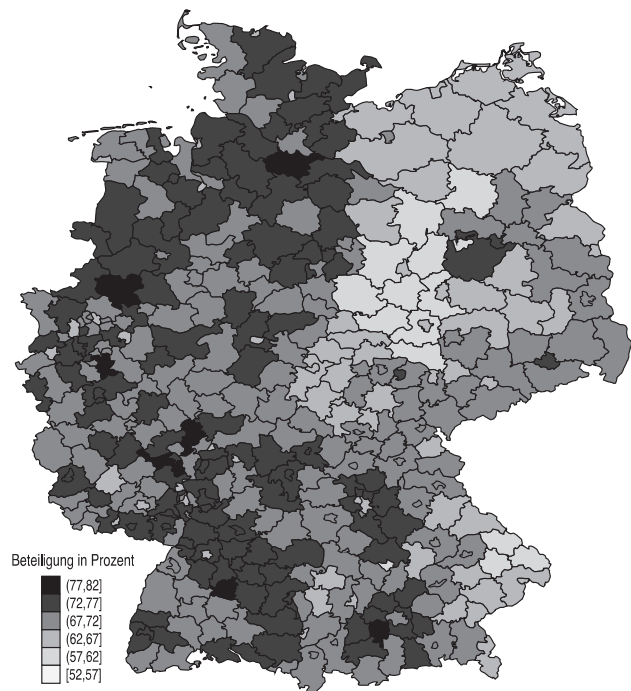
H. Schwander  
Universität Bremen, Bremen, Deutschland  
E-Mail: hanna.schwander@uni-bremen.de

P. Manow  
Universität Bremen, Bremen, Deutschland  
E-Mail: manow@uni-bremen.de

sonderlich stark unterschieden und deshalb sozialstrukturell „unauffällig“ (Roth und Wüst 2007, S. 400) seien, wurde jüngst vor den Verwerfungen einer „Zweidrittel-Demokratie“ gewarnt, in der sozial Benachteiligte nicht mehr am politischen Leben teilnahmen (Merkel und Petring 2012, S. 100). In diesem Kapitel greifen wir die Frage nach den Determinanten der Wahlbeteiligung auf und zeigen, dass die Neigung zur Wahlenthaltung keineswegs gleichmäßig in der Bevölkerung verteilt ist, sondern überproportional häufig bei ressourcenarmen Gruppen und in ökonomisch schwachen Regionen anzutreffen ist.

Die niedrige Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009 ließ sich noch als Ausreißer interpretieren, der der Unzufriedenheit mit der Großen Koalition geschuldet war. Doch die Wahlbeteiligung verharrte auch 2013 auf dem niedrigen Niveau der vorangegangenen Wahl. Der minimale Anstieg um 0.7 Prozentpunkte auf 71.5 % ändert nichts am langfristigen Trend wachsender Wahlabstinenz, der sich noch deutlicher bei Landtags- und Kommunalwahlen zeigt. Einen ersten Eindruck von den Beteiligungsunterschieden vermittelt Abb. 1, in der die Wahlbeteiligung 2013 in über 400 Kreisen und kreisfreien Städten abgebildet ist. Neben der durchschnittlich niedrigeren Wahlbeteiligung in Ostdeutschland fällt auf, dass auch strukturschwache Gebiete in Westdeutschland – wie die Oberpfalz in Bayern oder Teile des Saarlands und des Ruhrgebiets – höhere Nichtwahlraten aufweisen. Innerhalb Ostdeutschland ist ein Gefälle von Süd nach Nord erkennbar: In den wirtschaftlich starken Bundesländern Thüringen und Sachsen sowie im Berliner Umland fällt die Wahlbeteiligung höher als in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern aus.

**Abb. 1** Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 in Kreisen und kreisfreien Städten. (*Anmerkungen:* Eigene Darstellung, Datenquelle: Inkar)



Mit dem Sinken der Wahlbeteiligung wird sie zugleich auch sozial ungleicher, denn es sind benachteiligte und ressourcenschwache Gruppen, die überproportional darauf verzichten, wählen zu gehen. Seit den achtziger Jahren sind die Unterschiede in der demokratischen Beteiligung gewachsen, wodurch Einkommen oder Bildung die Wahlteilnahme heute besser vorhersagen als in der Vergangenheit. Besonders stark ausgeprägt ist die soziale Kluft bei den Jüngeren (Lamers und Roßteutscher 2014), weshalb zu erwarten ist, dass Wahlbeteiligungsunterschiede weiter zunehmen werden. Was auf individueller Ebene sichtbar ist, bestätigt der Blick auf räumliche Muster der Wahlbeteiligung. So besteht beispielsweise zwischen Stadtteilen ein erhebliches Gefälle in der Wahlbeteiligung, das eng mit Indikatoren zur sozialen Lage korreliert: Je ärmer ein Stadtteil, desto weniger Menschen gehen dort zur Wahl (Schäfer 2012).

In diesem Kapitel untersuchen wir die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013. Dabei befassen wir uns einerseits mit der Frage, welche Individualmerkmale die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme erhöhen, andererseits untersuchen wir, welche sozio-ökonomischen Kontextfaktoren mit der Wahlbeteiligung korreliert sind. Hierzu analysieren wir detaillierte Strukturdaten der ca. 400 deutschen Kreise und kreisfreien Städte. Sowohl die Analysen mit Individual- als auch die mit Aggregatdaten zeigen, dass Armut und soziale Problemlagen die Wahlbeteiligung deutlich senken. Damit bestätigt sich die bereits in den 1930er Jahren durch den schwedischen Politikwissenschaftler Herbert Tingsten (1975, S. 231) formulierte Gesetzmäßigkeit: Je niedriger die Wahlbeteiligung ausfällt, desto ungleicher ist sie (siehe auch Kohler 2006; Mahler 2008).

---

## 2 Literaturüberblick

In der Wahlforschung werden zwei gängige Ansätze unterschieden, die das Wahlverhalten erklären sollen. Zum einen der „mikrosoziologische“ Ansatz, der durch Arbeiten an der Columbia-Universität geprägt wurde (Lazarsfeld et al. 1969; Berelson et al. 1954), zum anderen der „sozialpsychologische“ Ansatz, der vor allem in Michigan durch Angus Campell und seine Kollegen ausgearbeitet wurde. Beim mikrosoziologischen Ansatz steht die Frage im Zentrum, wie durch Gruppenzugehörigkeit und soziale Kontakte kollektive Identitäten und politische Verhaltensmuster entstehen. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich Menschen in sozial relativ homogenen Netzwerken bewegen und ihr Verhalten durch die dort vorherrschenden Normen geprägt wird (Berelson et al. 1954, S. 298–300). Für die Frage nach der Wahlbeteiligung legt dieser Ansatz nahe, dass Personen eher zur Wahlteilnahme neigen, die gesellschaftlich gut integriert und keine Randgruppen sind. Operationalisiert wird der Grad sozialer Integration etwa durch die Mitgliedschaft in Vereinen oder politischen Organisationen, aber auch durch die Kirchenbindung oder den Familienstand (Caballero 2014, S. 465). Der sozialpsychologische Ansatz betont im Gegensatz dazu weniger die Gruppenzugehörigkeit, als vielmehr individuelle Werte und Orientierungen, die zwischen sozialer Lage und dem politischen Verhalten vermitteln. Zentrale Variablen, die für das Wahlverhalten als prägend identifiziert wurden, sind neben

der Themen- und Kandidatenorientierung die Parteiidentifikation, das politische Selbstvertrauen (*political efficacy*) sowie die Akzeptanz der Wahlnorm (siehe Schoen und Weins 2005). Die Abwesenheit von partizipationsfördernden Einstellungen erklärt, weshalb sich Bürgerinnen und Bürger nicht an Wahlen beteiligen.

Beide Perspektiven werden in vielen Veröffentlichungen als rivalisierende Erklärungsangebote angesehen, und es wird gefragt, welcher Ansatz für die Wahlenthaltung die stärkere Erklärungskraft besitzt (siehe Falter und Schumann 1994, S. 200; Steinbrecher und Rattinger 2011, S. 87, die bei den politischen Einstellungen die höhere Erklärungskraft sehen). Doch trotz unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen gibt es zwischen den Schulen eine Reihe von Überschneidungen. Beispielsweise zeigen Campbell et al. (1971 [1954]: Anhang), wie politische Einstellungen durch die soziale Lage und das persönliche Nahumfeld geprägt werden. Statt eines Gegensatzes erscheinen die beiden Ansätze dann als eng miteinander verbunden, weil die Gruppenzugehörigkeit zu erklären hilft, weshalb Personen in unterschiedlichen sozialen Lagen in unterschiedlichem Maß jene *civic orientations* entwickeln, die dazu führen, sich an Wahlen zu beteiligen oder sich der Stimmabgabe zu enthalten (Schoen 2014, S. 187–194).

Eine Verbindung zwischen der Auswertung von Individual- und Aggregatdaten stellen Mehrebenenanalyse her, die fragen, wie sich räumliche Unterschiede auf Einstellungen und Verhalten auswirken. So weist Weßels (2015) nach, dass mit steigender Einkommensungleichheit auch die Unterschiede im Wählerwissen zunehmen. Damit knüpft er an den Befund von Solt (2008) an, dass in Ländern mit höherer Einkommensungleichheit die sozialen Unterschiede sowohl im politischen Interesse und der Diskussionsbereitschaft als auch bei der Wahlteilnahme besonders ausgeprägt sind (siehe auch Schäfer 2015; Kap. 4). Uslaner und Brown (2005) vergleichen die US-Bundesstaaten und können nachweisen, dass Ungleichheit das interpersonale Vertrauen reduziert und dadurch die Bereitschaft zu bürgerlichem Engagement sinkt. In italienischen Regionen mit höherer Einkommensungleichheit, so belegen Scervini und Segatti (2012), ist die Wahlbeteiligung von Geringgebildeten besonders stark zurückgegangen, während sich die Beteiligung der Hochgebildeten kaum verändert hat, wodurch das Beteiligungsdifferenzial zwischen diesen Gruppen zunimmt. Schließlich belegt Faas (2012b) für 28 hessische Städte und Gemeinden sowohl für die Bundestagswahl 2009 als auch die Kommunalwahl 2011 einen negativen Zusammenhang zwischen dem örtlichen Anteil der Arbeitslosengeld II-Empfänger einerseits und der individuellen Wahlteilnahme andererseits. Sozio-ökonomische Unterschiede auf räumlicher Ebene beeinflussen, so zeigen diese Studien, das individuelle Partizipationsverhalten. Dieser Effekt ist vermutlich umso stärker, je größer die sozio-ökonomischen Unterschiede auf der Aggregatebene ausfallen, da sich Menschen in sozial segregierten Gebieten eher in Netzwerken mit ähnlichen Einstellungen aufhalten. Das bedeutet, dass sozial benachteiligte Menschen in der Familie, im Freundeskreis, unter Bekannten und im Wohnviertel vorwiegend auf Menschen treffen, die ebenfalls sozial benachteiligt sind. Dadurch verstärkt sich die Neigung, nicht am politischen Prozess teilzunehmen (Kleinhenz 1995, S. 187; Zuckerman 2007). Der soziale Kontext, in dem sich Individuen bewegen, wirkt auf ihre Einstellungen und ihr Verhalten zurück.

### 3 Methoden und Daten

Studien zu Wahlbeteiligung können Individual- oder Aggregatdaten nutzen. Die Stärke von Umfragedaten liegt darin, neben dem Wahlverhalten auch eine Vielzahl von politischen Einstellungen, Informationen über die politische Kommunikation während des Wahlkampfes oder die Einschätzung des Verhaltens anderer zu erheben. Aus diesen Angaben lässt sich relativ zuverlässig ableiten, welche Faktoren die Wahl einer bestimmten Partei begünstigen. Leider können in Umfragen Nichtwählerinnen und Nichtwähler aus zwei gegenläufigen Gründen nicht mit derselben Zuverlässigkeit ermittelt werden. Zum einen geben immer mehr Menschen an, gewählt zu haben (oder dies vorzuhaben), als tatsächlich zur Wahl gegangen sind (bzw. ihr Vorhaben dann auch verwirklichen) (Kleinhenz 1995, S. 75–80; Caballero 2014, S. 442–445; Selb und Munzert 2013). Insbesondere wer die Stimmabgabe als besonders wünschenswert erachtet, neigt zur Fehlauskunft. Studien, in denen das Antwortverhalten dem tatsächlichen Verhalten gegenüber gestellt werden kann, weisen nach, dass politisch Interessierte stärker zur Fehlauskunft neigen, sodass sich Wähler und Nichtwähler möglicherweise ähnlicher sind, als dies Umfragen nahe legen (Eilfort 1994, S. 138–147; Belli et al. 2001; Bernstein et al. 2001). Zum anderen hängt die Bereitschaft, an einer Befragung teilzunehmen, von Faktoren ab, die jenen sehr ähnlich sind, die über eine Wahlteilnahme entscheiden. Politisch wenig interessierte Bürgerinnen und Bürger nehmen seltener an Befragungen teil, was somit deren Ergebnisse verzerrt (Eilfort 1994, S. 135). Ebenso haben auch Nichtwähler eine niedrigere Bereitschaft, an Wahlumfragen teilzunehmen und sind deshalb in diesen unterrepräsentiert (Tourangeau et al. 2010). Selbst die besten Umfragen weisen häufig einen „Mittelschichtenbias“ auf. Dies wäre ein Problem, wenn sich Nichtwähler überproportional unter sozial benachteiligten Gruppen finden<sup>2</sup>.

Aggregatdatenanalysen haben diese Probleme mangelnder Repräsentativität oder bewusster Fehlauskünfte nicht. Im Gegenteil, die politischen Prozessdaten sind durch keinerlei Messfehler belastet. Ein zusätzlicher Vorteil der Aggregatsanalyse besteht darin, dass sie erlaubt, soziale Unterschiede nicht nur über das Einkommen zu ermitteln, sondern sie aufgrund der reichen Verfügbarkeit von Informationen zur sozialen und ökonomischen Struktur umfassend zu messen. Der Nachteil von ökologischen Daten liegt darin, keine zwingenden Rückschlüsse auf das individuelle Verhalten zuzulassen: Nur weil in Gegenden mit hoher Arbeitslosigkeit die Wahlbeteiligung geringer ausfällt, bedeutet dies nicht zwingend, dass Arbeitslose häufiger als Beschäftigte zu den Nichtwählern gehören (King 1997).

---

<sup>2</sup> Während Ansolabehere und Hersh (2012) der Fehlauskunft von Nichtwählerinnen und Nichtwählern größeres Gewicht als der Unterrepräsentation echter Nichtwählerinnen und Nichtwähler zusprechen, kritisieren Berent et al. (2011), dass die Validierung des Wahlverhaltens aufgrund fehlerhafter Wahlregister nicht gelingt, und schätzen das Ausmaß der Verzerrung durch mangelnde Repräsentativität von Umfragen höher ein als das durch fehlerhafte Selbstauskünfte der tatsächlich Befragten.

Aufgrund ihrer jeweiligen Stärken und Schwächen haben wir uns entschlossen, sowohl Individualdaten- als auch Aggregatdaten hinsichtlich der Frage auszuwerten, welche Faktoren zur Nichtwahl führen. Im ersten Analyseteil werten wir die Daten der *German Longitudinal Election Study* (GLES) aus. Bei der Analyse räumlicher Daten fassen wir mithilfe einer Faktorenanalyse verschiedene Indikatoren der sozialen und ökonomischen Benachteiligung zu einem Deprivationsindex zusammen. Dazu zählen unter anderem die Arbeitslosenquote, das Ausmaß marginaler Beschäftigung, die Empfängerquote von Arbeitslosengeld I, aber auch die Geburtenrate von Müttern unter 20 Jahren, der Anteil von Schulabgängern ohne Abschluss oder die Kinderarmut (für mehr Information siehe Anhang B). Unsere Untersuchungseinheit sind die rund 400 Kreise und kreisfreie Städte. Dabei führen wir Informationen zur sozio-strukturellen und ökonomischen Situation der Kreise (Datenquelle: INKAR) mit offiziellen Wahlergebnissen (Datenquelle: Bundeswahlleiter) zusammen.<sup>3</sup>

Die Analyse erfolgt entsprechend in zwei Schritten. In einem ersten Schritt prüfen wir, von welchen Faktoren die individuelle Wahlwahrscheinlichkeit abhängt. In einem zweiten Schritt untersuchen wir den Effekt sozialer Deprivation auf die Wahlbeteiligung auf Ebene der Kreise sowie in Abhängigkeit der Stärke der Parteien.

---

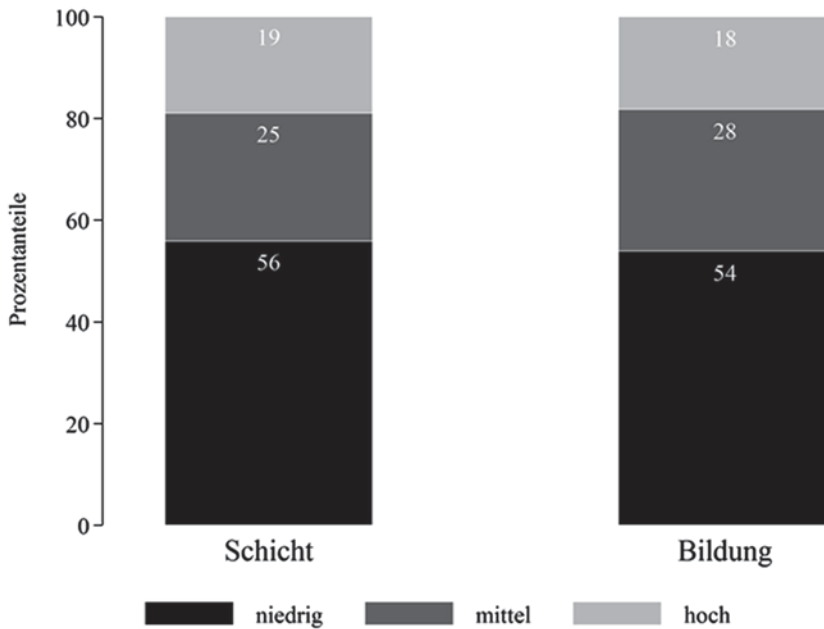
## 4 Analysen mit Individualdaten

Immer wieder wird in empirischen Analysen betont, die Beteiligungsunterschiede zwischen sozioökonomischen Gruppen seien gering (Kleinhenz 1995, S. 116; Topf 1995, S. 48; Norris 2002, S. 94–95; Przeworski 2010, S. 93), die soziale Struktur der Nichtwähler somit „unauffällig“ (Roth und Wüst 2007, S. 400) und die Motive der Nichtwahl ohnehin so vielfältig, dass die Wahlabstinenten eine ganz und gar heterogene Gruppe bildeten (Eilfort 1994, S. 54). Doch diesen – aus demokratietheoretischer Sicht beruhigenden – Befunden widersprechen sowohl die Auswertung von Umfragen aus den letzten 30 Jahren, die wachsende Unterschiede in der individuellen Wahlteilnahme sozialer Gruppen nachweist (Schäfer 2015), als auch Aggregatdatenanalysen, die einen engen Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischen Variablen einerseits und der Wahlbeteiligung andererseits finden (Hajnal und Trounstein 2005; Schäfer 2012; Schäfer und Roßteutscher 2015). Wir werten in diesem Abschnitt Umfragedaten aus, um zu prüfen, ob die These vom sozialstrukturell unauffälligen Nichtwähler zutrifft.

In einem ersten Schritt zeigen wir, aus welchen sozialen Gruppen sich die Nichtwählerinnen und Nichtwähler rekrutieren, wobei sich das Augenmerk auf die subjektive Schichtzugehörigkeit, den Bildungsabschluss sowie das Einkommen richtet. Dabei werden Schicht und Bildung so gewichtet, dass drei gleichgroße Gruppen entstehen. Verteilte sich

---

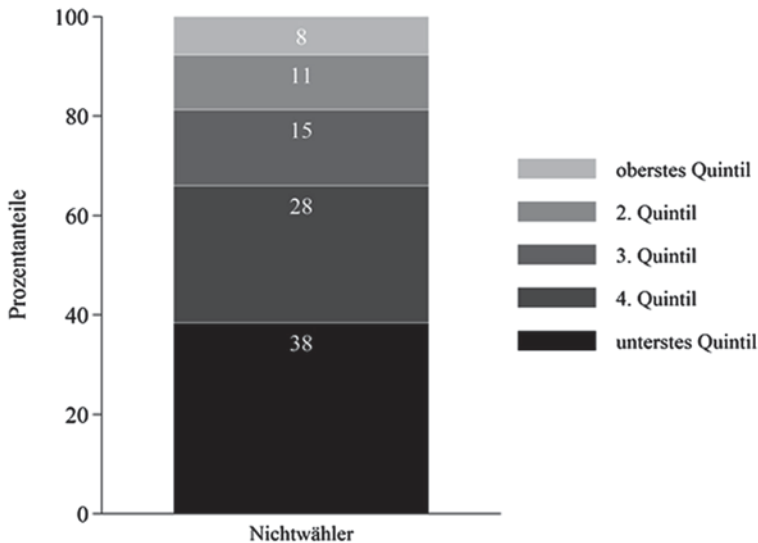
<sup>3</sup> [http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/INKAR/inkar\\_node.html](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/INKAR/inkar_node.html). Die Daten beziehen sich auf das letzte verfügbare Jahr, 2011; <http://www.bundeswahlleiter.de>. (Zugegriffen: 26. Mai 2015).



**Abb. 2** Nichtwähleranteile nach Schichtzugehörigkeit und Bildungsabschluss. (*Anmerkungen:* Dargestellt ist, zu welchem Anteil sich die Nichtwähler aus den drei Gruppen rekrutieren. Die Schichtzugehörigkeit beruht auf der Selbsteinordnung der Befragten und fasst „Unter-“ und „Arbeitschicht“ als *niedrig*, die untere Mittelschicht als *mittel* sowie „Mittel- und Oberschicht“ als *hoch* zusammen. Bei den Bildungsabschlüssen entsprechen „kein Abschluss“ und „Hauptschulabschluss“ einem *niedrigen* Bildungsgrad, „Mittlere Reife“ entspricht einem *mittleren* Niveau, und wer mindestens über Fachhochschulreife verfügt, wird als *hochgebildet* eingeordnet. Beide Kategorien werden so gewichtet, dass die Gruppen jeweils 33% ausmachen, damit unter- oder überproportionale Anteile unter den Nichtwählern deutlich werden. Verwendet wird die Nachwahlbefragung zur Bundestagswahl 2013. Zur Variablenkonstruktion siehe Anhang A. Daten: Rattinger et al. (2014))

die Nichtwahlwahrscheinlichkeit über alle Gruppen gleich, müssten sie jeweils ein Drittel der Nichtwähler stellen. Doch Abb. 2 zeigt, dass wer sich selbst der „Unter-“ oder „Arbeitschicht“ zurechnet, sehr viel häufiger nicht gewählt hat als etwa Angehörige höherer Schichten. Dasselbe Muster zeigt sich bei den Bildungsabschlüssen: Fast sechs von zehn Nichtwähler haben höchstens einen Hauptschulabschluss, wohingegen die Höhergebildeten sehr viel seltener angeben, nicht gewählt zu haben. Bei den Einkommensgruppen ist es nicht notwendig, eine gesonderte Gewichtung vorzunehmen, da die Befragten nach der Höhe des verfügbaren Haushaltseinkommens in fünf gleichgroße Gruppen eingeteilt werden. Bei einer zufälligen Verteilung der Wahlabsinenten müssten alle Einkommensgruppen jeweils 20% der Nichtwähler stellen – doch auch hier ist ein klares Muster erkennbar, bei dem mit höherem Einkommen der Anteil der Befragten abnimmt, die angeben, nicht gewählt zu haben (Abb. 3). Die untersten vierzig Prozent stellen über 60% der Nichtwähler, die beiden höchsten Einkommensquintile zusammen dagegen weniger als 20%. Der typische Nichtwähler hat sehr viel häufiger, so lassen sich die Befunde zusammenfassen,





**Abb. 3** Nichtwähleranteile nach Einkommensfünftel. (Anmerkungen: Das Einkommen ist das mit der Quadratwurzel der Anzahl im Haushalt lebender Personen gewichtete Haushaltsnettoeinkommen, d. h., das nach Steuern, Abgaben und Transfers verbleibende Einkommen. Zur Variablenkonstruktion siehe Anhang A. Daten: Rattinger et al. (2014))

einen niedrigen Schulabschluss, ein unterdurchschnittliches Einkommen und ordnet sich bei der subjektiven Schichtzugehörigkeit niedrigen Schichten zu. Am anderen Ende der Verteilung finden sich nur wenige selbsterklärte Nichtwählerinnen und Nichtwähler.

Um zu prüfen, auf welche Faktoren dieses Gefälle in der Wahlbereitschaft zurückzuführen ist, werden im zweiten Schritt drei multivariate Modelle verglichen, die die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme an der Bundestagswahl 2013 schätzen. Aus der Literatur lässt sich kein einheitliches „Standardmodell“ der individuellen Wahlteilnahme ableiten, wie die Metastudie von Smets und van Hams (2013) zeigt. Aber verschiedene Studien, die die Wahlteilnahme bei Bundestagswahlen erklären wollen, kommen doch immer wieder auf einen übereinstimmenden Kern von Erklärungsfaktoren zurück. So hebt Armingeon (1994) das politische Interesse, Unzufriedenheit sowie die Parteiidentifikation hervor. Kleinhenz (1995, S. 111–112) findet signifikante Effekte einerseits von den soziologischen Variablen Alter, Bildung und Kirchenganghäufigkeit sowie andererseits von den sozialpsychologischen Faktoren Parteienverdrossenheit, der Parteiidentifikation sowie der Akzeptanz der Wahlnorm (Kleinhenz 1995, S. 199). Eine ähnliche Kombination von erklärenden Faktoren zeigt sich auch bei Falter und Schumann (1994, S. 207–208), die Alter, Bildung und Status einerseits sowie als „mentale Korrelate“ schwaches politisches Interesse, geringe Informiertheit, politische Entfremdung sowie geringes Vertrauen in die Parteien. Faas und Rattinger (2003) konzentrieren sich in ihrer Untersuchung auf die soziale Integration als Erklärungsfaktor des Wahlverhaltens und finden, dass schlecht integrierte Gruppen wie etwa Arbeitslose eher zur Nichtwahl neigen. Die Bedeutung der Arbeitslosigkeit



keit als Erklärungsfaktor verringert sich allerdings durch den Einschluss weiterer Variablen, wie Faas (2010a, S. 379) in einer späteren Studie zeigt. Absorbiert wird deren Effekt durch das politische Interesse, die Demokratiezufriedenheit sowie die Parteiidentifikation. Neben diesen immer wieder bestätigten Erklärungsvariablen wirkt sich die politische Mobilisierung durch die Parteien auch unter Einschluss einer Fülle anderer Variablen positiv auf die Wahlteilnahme aus (Faas 2010b, S. 84). Schließlich heben auch Steinbrecher und Rattinger (2011, S. 85, Tab. 2) die hohe Erklärungskraft sozialpsychologischer Faktoren hervor. Erneut sind es das politische Interesse, die Parteiidentifikation, die Akzeptanz der Wahlnorm sowie der Grad, mit dem Befragte mit einer Partei sympathisieren, die die Wahlteilnahme erklären. Auch interne und externe Wirksamkeit (*efficacy*) wirken sich positiv auf die individuelle Wahlbereitschaft aus. Im Gegensatz dazu tragen soziodemografische Faktoren – wie Alter, Geschlecht und Bildung – kaum etwas zur Varianzaufklärung bei.<sup>4</sup>

Aus diesen Studien lassen sich vier zentrale Einstellungen ableiten, die in jedem Modell zur Wahlbeteiligung enthalten sein sollten: Akzeptanz der Wahlnorm, politisches Interesse, Parteiidentifikation sowie die Demokratiezufriedenheit.<sup>5</sup> Mit der Gewerkschaftsmitgliedschaft, aber auch durch die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft sowie der Frage, ob eine Person in einer Partnerschaft lebt, wird die soziale Integration erfasst, während Alter, Geschlecht, Bildung und das Einkommen sozioökonomische Basisfaktoren darstellen. Unser erstes Modell in Tab. 1 schließt nur die demografischen Variablen ein. Die Ergebnisse entsprechen dem, was auch aus anderen Analysen bekannt ist: Männer wählen mit einer etwas höheren Wahrscheinlichkeit als Frauen, und es besteht ein nichtlinearer Zusammenhang zwischen dem Alter und der Wahlteilnahme, da diese im Zeitverlauf erst zunimmt, sich dann aber leicht abschwächt. Wer in einer Partnerschaft lebt, weist jedoch keine signifikant andere Wahlwahrscheinlichkeit als Singles auf. Wie erwartet erhöhen individuelle Ressourcen wie der Bildungsgrad und das Einkommen die Wahlwahrscheinlichkeit. Wer mindestens über Fachhochschulreife verfügt, dessen geschätzte Wahlteilnahme liegt 20 Prozentpunkte über der von Befragten mit höchstens Hauptschulabschluss.

Das zweite Modell schließt zusätzlich die Gewerkschafts- und Kirchenmitgliedschaft ein, die jedoch statistisch insignifikant sind und die Erklärungskraft des Gesamtmodells nicht nennenswert erhöhen. Schließlich werden im dritten Modell in Tab. 1 die vier oben genannten Einstellungsvariablen einbezogen. Berücksichtigt man diese Variablen, verschwindet der Unterschied zwischen Männern und Frauen, und auch zwischen Befragten mit niedrigem und mittlerem Bildungsabschluss besteht kein signifikanter Unterschied mehr. Ein hoher Bildungsabschluss sowie höheres Einkommen üben allerdings weiterhin einen nicht-zufälligen Effekt auf die Wahlbereitschaft aus. Daneben wirken sich Parteiidentifikation, politisches Interesse sowie die Akzeptanz der Wahlnorm positiv auf die

<sup>4</sup> Daneben lassen sich noch das politische Kommunikationsverhalten und die Medienrezeption (z. B. bei Schmitt-Beck und Mackenrodt 2010; Partheymüller und Schmitt-Beck 2012) als weitere Faktoren nennen, die jedoch in diesem Kapitel nicht behandelt werden.

<sup>5</sup> Die interne und externe Wirksamkeit wird in dem im Folgenden verwendeten Datensatz nicht erhoben und kann daher nicht eingeschlossen werden.

**Tab. 1** Determinanten der individuellen Wahlbeteiligung 2013 (binär logistische Regressionen)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Geschlecht (RK: weiblich)	0.58** (0.20)	0.54** (0.21)	0.42 (0.26)
Alter	0.14*** (0.03)	0.14*** (0.03)	0.16*** (0.04)
Alter quadr	−0.00** (0.00)	−0.00** (0.00)	−0.00*** (0.00)
In Partnerschaft (0=nein; 1=ja)	0.17 (0.20)	0.16 (0.20)	−0.17 (0.25)
Bildungsgrad (RK: kein Abschluss oder Hauptschulabschluss)			
<i>Mittlere Reife</i>	0.55* (0.24)	0.51* (0.25)	0.20 (0.26)
<i>Fach- oder Hochschulreife</i>	1.88*** (0.35)	1.82*** (0.35)	0.93* (0.41)
Einkommen (log.)	0.95*** (0.20)	0.91*** (0.21)	0.97*** (0.29)
Gewerkschaftsmitglied (0=nein; 1=ja)		0.20 (0.34)	−0.23 (0.38)
Kirchenmitglied (0=nein; 1=ja)		0.47 (0.30)	0.16 (0.33)
Wahlnorm (1–5)			0.72*** (0.08)
Politisches Interesse (1–5)			0.70*** (0.16)
Parteiidentifikation (0=nein; 1=ja)			1.02*** (0.24)
Demokratiezufriedenheit (1–5)			0.14 (0.13)
Konstante	−4.56*** (0.88)	−4.58*** (0.89)	−9.24*** (1.27)
Pseudo-R2	0.167	0.170	0.401
N	1383	1379	1379

Angegeben sind Logit-Koeffizienten mit Standardfehlern in Klammern. Alle Modelle enthalten Dummy-Variablen für die Bundesländer, die jedoch nicht eigens aufgeführt werden. Zur Variablenkonstruktion siehe Anhang A. Daten: Rattinger et al. (2014)

\* $p < 0.05$ , \*\* $p < 0.01$ , \*\*\* $p < 0.001$

Wahlbereitschaft aus, wohingegen die Demokratiezufriedenheit keinen signifikanten Effekt hat. Der Erklärungswert des dritten Modells liegt, wie das Bestimmtheitsmaß zeigt, deutlich höher, wodurch bestätigt wird, dass sozialpsychologische Variablen besonders gut geeignet sind, das Wahlverhalten zu erklären.

Wie die bisherigen Analysen zeigen, haben sich ressourcenschwache sehr viel häufiger als ressourcenstarke Personengruppen dafür entschieden, nicht an der Bundestagswahl

Wahlen und Wähler

Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013

Schoen, H.; Weißels, B. (Hrsg.)

2016, XIII, 515 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-11205-9